

Ein Tag pro Woche für Bürokratie

Andrea Hammermann / Klaus-Heiner Röhl, 18.11.2025

Unternehmen in Deutschland klagen über einen „Bürokratie-Burnout“ durch die steigende Anzahl staatlicher Vorgaben in Gesetzen und Verordnungen. Die IW-Beschäftigtenbefragung bestätigt eine Zunahme des organisatorischen Aufwands in den Unternehmen, so dass die von der Bundesregierung angekündigten Reformen dringend notwendig erscheinen.

Bürokratie-Burnout

Deutsche Unternehmen klagen zunehmend über ein „Bürokratie-Burnout“ durch immer neue und kompliziertere staatliche Regeln und Meldepflichten (Kritikos, 2023). Bürokratie ist prinzipiell die Begleiterscheinung entwickelter Volkswirtschaften und ein notwendiges und zentrales Element in der Organisation und Verwaltung des Staates, um die Einhaltung von Regeln zu überprüfen und durchzusetzen. Ein zu hohes Maß an Bürokratie kann jedoch Entscheidungsprozesse verzögern, knappe Ressourcen unproduktiv binden und die Innovations- und Anpassungsfähigkeit lähmen. Für Unternehmen, die sich im internationalen Wettbewerb befinden, wird das derzeitige Ausmaß an Bürokratie in Deutschland zunehmend als Standortnachteil empfunden (Jäckel et al., 2025).

Die Mehrheit der Unternehmen sieht in dem Abbau von Regulierung und Berichtspflichten eine der dringendsten Aufgaben der Regierung von Bundeskanzler Friedrich Merz, um die hiesigen Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln zu verbessern (Seyda/Schleiermacher, 2025). Die Bundesregierung scheint dies

erkannt zu haben und hat einen „Herbst der Reformen“ angekündigt, der auch umfassende Maßnahmen zum Bürokratieabbau mit einer Verringerung der in den Unternehmen verursachten administrativen Kosten einschließlich des Erfüllungsaufwands um 25 Prozent beinhalten soll (CDU/CSU/SPD, 2025). Bislang enthält die „Modernisierungsagenda“ jedoch wenig konkrete Maßnahmen (Deutscher Bundestag, 2025).

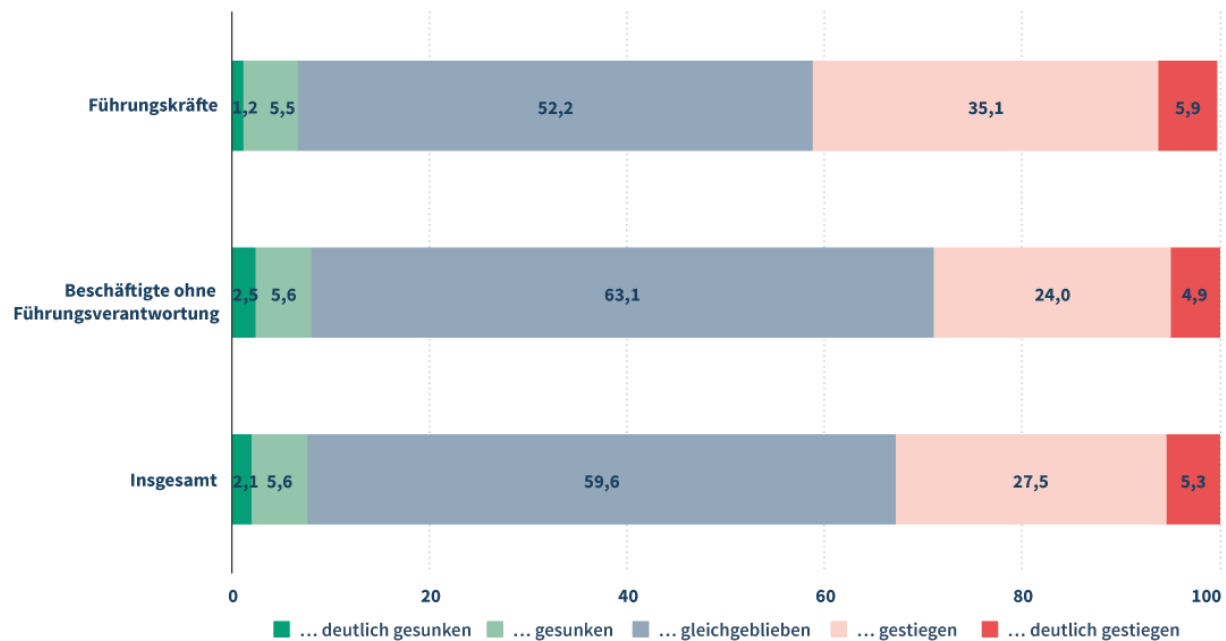
Unverhältnismäßigen Bürokratieaufwand zu verhindern, ist eine stetige Aufgabe politischer Entscheidungsträger, die bei jedweder Gestaltung von Gesetzen und Verordnungen zu berücksichtigen ist. Seit 2006 berät zudem der Nationale Normenkontrollrat (NKR) die Bundesregierung mit Vorschlägen zum Abbau von Bürokratie. Die in insgesamt vier Bürokratieentlastungsgesetzen vorgenommenen Entlastungen sind jedoch bei den handelnden Akteuren im Betrieb kaum spürbar, da beschlossene prozessuale Vereinfachungen etwa durch digitale Meldungen für Berichtspflichten angesichts einer wachsenden Regelungsdichte nicht ausreichen (Röhl, 2024). Die aktuelle IW-Beschäftigtenbefragung bestätigt den wahrgenommenen Anstieg der Belastung.

Anstieg statt Rückgang des Arbeitszeitaufwands

In der IW-Beschäftigtenbefragung 2025 wurden rund 5.000 Beschäftigte gebeten, den Anteil ihrer Arbeitszeit zu schätzen, den sie üblicherweise pro Woche für Berichts- und Dokumentationspflichten aufwenden und

Erfüllungsaufwand von Berichts- und Dokumentationspflichten für jeden Dritten gestiegen

Der Aufwand zur Erfüllung von Berichts- und Dokumentationspflichten ist in den letzten zwei Jahren ..., 2025, Anteile in Prozent



Quelle: IW-Beschäftigtenbefragung 2025; 4.977 Beschäftigte (inkl. 1.712 Führungskräfte)

einzuschätzen, wie sich der Erfüllungsaufwand in den letzten beiden Jahren entwickelt hat.

Für weniger als 8 Prozent aller Befragten ist der zeitliche Aufwand für Berichts- und Dokumentationspflichten in den vergangenen zwei Jahren gesunken. Für jeden Dritten ist der zeitliche Aufwand hingegen gestiegen (Abbildung). Führungskräfte nehmen einen Anstieg des zeitlichen Aufwands häufiger wahr als Beschäftigte ohne Führungsverantwortung. In ihrer Führungsrolle tragen sie besondere Verantwortung, auf die Einhaltung beispielsweise von Regelungen im Arbeits- oder Datenschutz zu achten. Zudem tragen sie die Verantwortung für organisatorische Änderungen, die aufgrund der häufigen Rechtsänderungen erforderlich werden.

Im Bereich Gesundheits- und Sozialwesen und der Pharmaindustrie stellen die Beschäftigten am häufigsten einen Anstieg des Arbeitszeitaufwands für Berichts- und Dokumentationspflichten fest. Wie ein aktuelles IW-Gutachten zeigt, haben sich die branchenspezifischen Bürokratiekosten in der Pharmaindustrie seit 2012 mehr als verdoppelt; sie lagen im Jahr 2025 bei 2,5 Milliarden Euro (Gruben et al., 2025, 29).

Laut Diegmann und Kubis (2025) haben Betriebe zwischen 2022 und 2025 rund 325.000 zusätzliche Beschäftigte zur Bewältigung neuer gesetzlicher Anforderungen einstellen müssen. Knapp 30 Prozent der Neueinstellungen entfielen auf Kleinbetriebe mit weniger als zehn Beschäftigten. Zum kräftigen Anstieg des Bürokratieaufwands hat zuletzt auch die Anforderung von Großunternehmen an KMU in ihrer Lieferkette beigetragen, im Rahmen der Nachhaltigkeitsberichterstattung der EU (Corporate Sustainability Reporting Directive, CSRD) umfangreiche Lieferantennachweise über die Einhaltung der Menschenrechte sowie Umwelt- und Sozialstandards zu tätigen. Selbst Handwerksbetriebe müssen für Kleinaufträge zum Teil 70-seitige Dokumentationen ausfüllen.

Hoher Zeitaufwand für Berichts- und Dokumentationspflichten

Jede(r) Zweite verwendet üblicherweise einen Tag und mehr in der Woche für Berichts- und Dokumentationspflichten. Im Durchschnitt gaben Beschäftigte ohne Führungsverantwortung in der IW-Beschäftigtenbefragung 2025 an, rund 23 Prozent ihrer Arbeitszeit in die Erfüllung von Berichts- und Dokumentationspflichten

zu investieren; Führungskräfte gaben hier rund 30 Prozent an. Auf eine Differenzierung zwischen betriebsinternen und externen Pflichten wurde verzichtet, da Beschäftigte nicht immer zuordnen können, auf welche Regelungen sich die Pflichten beziehen und ob diese gesetzlich verankert oder lediglich betriebsintern vorgeschrieben sind.

Damit wird der Erfüllungsaufwand für von staatlicher Seite auferlegte Bürokratie methodisch einerseits überschätzt, andererseits bilden Dokumentations- und Berichtspflichten nur einen Teil des zeitlichen Aufwands ab, welcher unter dem Begriff Bürokratie üblicherweise subsummiert wird: Auch die Umsetzung von Regulierungsinhalten wie etwa bessere Filter aufgrund von Umweltvorgaben kostet nicht nur Geld für die materielle Beschaffung und Installation, sondern erfordert auch administrative Tätigkeit. Einer Befragung des ifo-Institutes zufolge wird der zeitliche Aufwand von Berichts- und Dokumentationspflichten von den meisten Unternehmen als hoch oder sehr hoch eingeschätzt (Demmelhuber et al., 2024, 9). Tatsächlich weicht die Einschätzung der Unternehmen zu dem Arbeitsaufwand ihrer Angestellten aufgrund von bürokratischen Tätigkeiten mit rund 22 Prozent von dem auf Basis der IW-Beschäftigtenbefragung ermittelten Median von 20 Prozent nur leicht ab.

Ausblick

Trotz eines weitgehend konstanten Bürokratiekostenindex der Bundesregierung (Röhl, 2024) klagen immer mehr Unternehmen und ihre Beschäftigte über eine steigende Belastung aus Gesetzen und Verordnungen, die auch empirisch belegt werden kann. Der „Herbst der Reformen“ der Bundesregierung sollte daher deutliche Schritte enthalten, die Bürokratiebelastung bei Meldungen und Dokumentationspflichten, aber auch bei den Regulierungsinhalten und Genehmigungsprozessen zu verringern. Dabei muss es eine Kombination aus generellen Instrumenten – wie der Schärfung der „One-in-one-out“-Regel zur Verhinderung neuer Bürokratie- und Detailarbeit (z. B. etwa die jüngste Überarbeitung der Vorschriften für den Stahlbau in Nordrhein-Westfalen mit einer drastischen Reduktion des Umfangs von 1300 auf 159 Seiten (Rohwetter, 2025)) – geben, um das 25-Prozent-Ziel zu erreichen.

Literatur

CDU / CSU / SPD, 2025, Verantwortung für Deutschland, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 21. Legislaturperiode

Demmelhuber, Katrin et al., 2024, zum Thema Bürokratie in Deutschland, ifo Forschungsberichte, Nr. 148, München

Deutscher Bundestag, 2025, Modernisierungsagenda für Staat und Verwaltung (Bund). Für ein schnelles, digitales und handlungsfähiges Deutschland, Drucksache 21/2150

Diegmann, André / Kubis, Alexander, 2025, Die Betriebe mussten in den letzten drei Jahren 325.000 Arbeitskräfte zusätzlich einstellen, um die gewachsene Bürokratie zu bewältigen, IAB-Forum, Beitrag vom 20.10.2025

Gruben, Clemens F. et al., 2025, Kosten der Bürokratie in der pharmazeutischen Industrie. Bürokratieabbau für einen starken pharmazeutischen Produktionsstandort, Gutachten im Auftrag der vfa – Verband forschender Arzneimittelhersteller, Köln

Jäckel, Julia et al., 2025, Initiative für einen handlungsfähigen Staat, Abschlussbericht

Kritikos, Alexander, 2023, Wie man Herr über den Bürokratismus wird, in DIW-Wochenbericht, Nr. 51/52, S. 766

Röhl, Klaus-Heiner, 2024, Bürokratieentlastungsgesetze. Warum wirken sie nicht wie gewünscht?, IW-Kurzbericht, Nr. 88, Berlin

Rohwetter, Marcus, 2025, Ingenieure in Nordrhein-Westfalen haben 1.300 Seiten Bauvorschriften auf 159 Seiten gekürzt, in: Was steckt dahinter?, Zeit, 9.10.2025, S. 19

Seyda, Susanne / Schleiermacher, Thomas, 2025, 100 Tage-Programm der neuen Bundesregierung. Eine empirische Analyse der unternehmerischen Prioritäten für die ersten 100 Tage der neuen Bundesregierung auf Grundlage des IW-Personalpanels, IW-Report, Nr. 39, Köln